

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 138.

Neuenbürg, Samstag, den 16. Juni 1923.

81. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

107.000 Mark der Dollar, das kennzeichnet unsere politische und wirtschaftliche Lage, die sich schlechtin nicht mehr bejahen läßt. In Österreich gilt der Dollar 70.000 Kronen, und in Frankreich ist er auf 200 Franc herabgesunken. Das ist die Lage der Welt, die wir heute noch unter der Deckung der Devisen erhalten. Das ist die Lage, die uns als Nationen der neuen Zeit befehlen werden. Ein Volk, das nur um Geld und Gewinn nachläßt, in eine heillose materialistische Weltanschauung versunken ist, nicht Gott noch Meister kennt und sich selbst jeden Tag so lange anlügt, bis es den eigenen Schwand glaubt, hat es so weit gebracht. In der Woche 1 Billion und Papiergeld, das heißt 1 Million Millionen, ein Wechselkurs von 100.000 Mark für den Doppelpentner, ein Wechselkurs von über 10000 Mark für das Pfund und so weiter, das sind Tatsachen, die man allmählich hinuntreibt, als wenn sie sich ebenso selbst verständlich, wie das morgens die Sonne auf- und abends untergeht. Und doch sollten diese Tatsachen uns endlich zur Besinnung zwingen, zu vermehrter Arbeit statt Streit und zu größerer Sparsamkeit statt immer neuer Forderungen. Das gilt für die Arbeiter und Angestellten. Aber ebenso sind Opfer zu fordern bei den Erzeugern der Güter und zum Beden notwendigen Dingen von den Bauern, Fabrikanten und Arbeitgebern überhaupt. Mit der bloßen Erhöhung der Gehälter und Löhne, mit der Erhöhung der Warenpreise, mit der Steigerung der Zinsen bei der Post und Eisenbahn wird nur das Papiergeld vermehrt und weiter entwertet. Es ist ein Schreden ohne Ende und bedeutet doch eines Tages das Ende mit Schrecken. England will einen Waffenstillstand im Ruhrgebiet, die Franzosen verlangen unsere bedingungslose Unterwerfung. Sie können weder das eine noch das andere mehr leisten. Es handelt sich um 15-16 Millionen Deutsche, die sich waffenlos im Kampf mit den französischen Bestien befinden. Sie haben den Kampf nicht auf Geheiß der deutschen Regierung begonnen, sondern weil sie nicht anders konnten. Diese Leute kann man nicht mehr zurückweisen, sie können nur siegen oder unterliegen. Bis jetzt hat der Franzose gar nichts gegen sie unternommen als Hungerstreik, ein paar hundert Menschen sind Leben gegeben, Tausende ins Gefängnis geworfen und Hunderttausende an Holz und Gut geschädigt, aber was er wirklich wollte, hat er nicht erreicht: man hat sich ihm nicht unterworfen, er bringt keinen Haß aus dem Ruhrgebiet, seine Sachverständigen erheben Widerspruch wie seine Verschwörer. Unter allen Umständen müssen wir durchhalten. Wir hätten auch gar keinen Zweifel, daß uns das gelingt, wenn nicht die furchtbaren Nebenergebnisse vorhanden wären, die uns zu übermannen drohen. Wir haben uns Sorgen, wie die Brotversorgung finanziert werden soll, die natürlich wieder nicht ohne ein großes Opfer des Volkes ermöglicht werden kann und wahrscheinlich eine Forderung von 100 bis 200 Milliarden Papiermark in sich begründet. Daraus läuft eine wahnsinnige Börsenspekulation her, die die Kurse an einem Tag gleich um einige Hunderttausend Prozent steigen läßt, das heißt um einige Millionen Mark. Die Märkte sind leer verkauft, der Taumel ist nicht mehr zu überbieten, die Baisse ist eine Katastrophe. Alle Warenpreise übersteigen sich. Das Geld aber, das die den Schwandel nicht erwidern wollen oder können, wird alle Tage größer. Wie lange noch wird unsere gesellschaftliche Ordnung diesen Dreck aushalten, bis sie zusammenbricht. Es hat keinen Sinn, an die Franzosen zu klumpen und staatliche Schutzmittel gegen sie zu verlangen, wenn man sie förmlich züchtet und Tag und Nacht nicht anders tut, als was geeignet ist, ihre Zahl und ihren Reichtum zu vermehren. Eines schönen Tages wird der deutsche Kapitalist und die ganze Spekulationsgesellschaft verwundert die Augen reiben und meinen, es sei nur ein böser Traum, und doch blutige Wirklichkeit wird. Wer sich so töricht in Gelehrigkeit, kommt darin um.

In Württemberg haben wir immer noch keinen Arbeits- und Ernährungsminister. Auch der Sonntag ist noch nicht wieder zusammengekommen. Dagegen erleben wir das betäubende Schauspiel, daß in der Organisation unserer schwäbischen Landwirtschaft böse Hände angebrochen sind. Streitereien um Person und Dinge, die insbesondere einen Riß zwischen der ober-schwäbischen und der unter-schwäbischen Landwirtschaft befeuern. Das hat uns bloß noch gelehrt, daß ein Stand, dem man sich gelassen glaubte und der in der Tat eine Ordnungsgewalt in unserem zerrissenen Staatsorganismus darstellte, sich längst genug gelöst hat. Die Urheber des Streites sind entfernt, soweit es nicht bereits geschehen ist, und zwar von beiden Seiten, sonst gibt es keine Ruhe. Es wäre ja noch schlimmer, wenn unsere schwäbische Bauernschaft gar noch konfessionell gehalten würde, als ob es protestantische und katholische Bauern gäbe!

Deutschland.

Karlsruhe, 15. Juni. Der badische Justizminister hat an den Eltern des von den Franzosen erschossenen Kaufmanns Klinger unter dem 10. Juni folgendes Telegramm gerichtet: „Der Sohn, fremder Gewalt zum Opfer gefallen, schau ich Unerschütterlich durch sein würdig, schließlich opfermütiges Sterben, die Überzeugung ob seines Todes ist bei seinem Schöpfer, bei dem das Recht ist. Die badische Justiz ehrt den in Ehre des Vaterland Gefallenen. Justizminister Kranl.“ — Wie man hört, haben die Franzosen dem zum Tode verurteilten Klinger nicht einmal die Briefe seiner Angehörigen ausgehändigt. Der „Badische Beobachter“ teilt mit, daß auch der Kaiser und die Königin von Schweden ein Gnadengesuch nach Karlsruhe richteten. Ein gleiches tat auch der Erzbischof von Freiburg.

München, 15. Juni. Der päpstliche Delegierte für das Ruhrgebiet, Monsignore Testa, ist in München eingetroffen.

Er wird sich in den nächsten Tagen zum zweiten Mal ins Ruhrgebiet begeben, um dort im Auftrag des Vatikan sich eingehend über die Verhältnisse persönlich zu informieren, um dann dem Heiligen Vater direkt Bericht erstatten zu können.

Der Münchener Hochverratsprozess.
München, 13. Juni. Als letzter Hauptzeuge im Prozess wurde Regierungsbaurmeister a. D. Schäfer vernommen, der folgende Angaben machte: Er war Vorsitzender des Bundes „Treu-Oberland“. In München teilte ihm Hauptmann Brendel mit, daß auf Veranlassung von Nachhaus eine Art Mobilisierung der vaterländischen Verbände betrieben werde. Er, Schäfer, habe Brendel erklärt, die Mobilisierung müsse sofort rückgängig gemacht werden, da nach seiner Ansicht die vaterländischen Verbände nicht dazu da seien, sich von dritten in Abenteuer zu lassen. Der Zeuge erzählt dann, wie er mit Nachhaus und Nachhaus bekannt und durch Nachhaus, die Nachhaus gemacht habe, ruhig geworden sei. Dieser habe erklärt, für die Befreiung der deutschen Verhältnisse dürfe kein Tropfen bayerischen Bluts vergossen werden. Aus dieser Erfahrung habe er, Schäfer, geschlossen, daß Nachhaus vollständig Absichten verfolgte, die nicht im gesamtdeutschen Interesse lägen.

Zustimmung des Reichsrats zur Postgebührenerhöhung und den wertbeständigen Hypotheken.

Berlin, 14. Juni. Der Reichsrat erklärte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Reichspostgesetz und der neuen Postordnung für die Beamten nach dem Beschluß des Reichstags einverstanden. Der Reichsrat erklärte sich weiter einverstanden mit der Verordnung, die die Wochenhilfe und Wochenfürsorge, die Unterstützung der Rentenerwerbender aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung und die Zulagen in der Unfallversicherung entsprechend der Wertbeständigkeit wesentlich erhöht. Angenommen wurde ferner die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgelder zum ersten Juli. Die Post- und Telegraphengebühren werden darnach verdreifacht, die Fernsprechgelder verdoppelt. Der Reichsrat hat die Reichspostverwaltung, der durch die letzte Teuerungswelle verurteilt wird, beträgt etwa vier bis fünf Billionen, wovon trotz der Gebührenerhöhung noch die Hälfte ungedeckt bleibt, so daß mit weiteren Erhöhungen zu rechnen ist. Angenommen wurde schließlich noch der Gesetzentwurf über wertbeständige Hypotheken. Künftig können demnach Hypotheken auch aufzinsen werden in Steinkohle, Roggen und Weizen, während die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstags noch weitere wertbeständige Wertmesser zulassen kann, wie z. B. Röll und auch Leistungen wie elektrische Motoren usw. und so weiter. Die Auswähl der Wertmesser wird den Parteien überlassen.

Ausland.

Bozen, 15. Juni. Nach Südtiroler Blättermeldungen soll die Stadt Bozen in der Stadtverwaltung an eine italienische Gesellschaft veräußert werden. Die an der Seite angebrachte Aufschrift „Der deutschen Kunst“ soll beseitigt werden. Die Bozener Zeitungen protestieren energisch gegen diese Veräußerung, die uns bei den Gefinnungen der Stadt einstimmen nicht recht glaubhaft erscheint. In Bozen gibt es höchstens zwanzig Prozent Deutsche, die meisten davon Stadtbürger jüngsten Datums.

Paris, 15. Juni. Der Meinungsaustausch zwischen Frankreich und England über die Ruhrfrage wird geheim gehalten, bis ein Ergebnis erzielt sein wird.

Besprechung Mussolinis mit dem deutschen Vizekonsul in der Ruhrfrage.

Mussolini hat am Donnerstag den deutschen Vizekonsul von Neurath empfangen. Die Unterredung soll vorwiegend der Ruhrfrage gegolten haben. Die linksliberale „Gazzetta del Popolo“ schreibt, eine gemeinsame Stellungnahme der italienischen und der englischen Politik sei ein wirksames Gegenmittel gegen die isolierte Aktion Frankreichs. Frankreich müsse begreifen, daß auf den unentschiedenen französischen Konar kein geradezu das entgegengesetzte Temperament folgte, welches die Energie besäße, um die englischen Geschäftspunkte zur Weltung zu bringen. Hoffentlich werde das französische Kabinett nicht verstoßen bleiben, denn die Ruhrbesetzung habe mit der Reparationsfrage nichts zu schaffen, sie trage vielmehr nur durch Verschärfung des Gleichgewichts zugunsten Frankreichs dazu bei, das Unheil zu vermehren.

Polen droht mit der Lösung der Entente.

In eingeweihten Kreisen wird erzählt, Poincare habe dem englischen Kabinett mitteilen lassen, daß wenn England sich den französischen Wünschen hinsichtlich des passiven Widerstandes nicht anschließen würde, die Entente von Frankreich als aufgelöst betrachtet werde. Die Folge einer solchen Drohung sei gewesen, daß das englische Kabinett sich erneut mit der Lage befaßt und die Rückfragen nach Paris angeordnet habe. Bei der Entspannung zwischen Paris und London handle es sich darum, ob eine Verständigung über die wirtschaftlichen und noch mehr über die politischen Absichten Frankreichs möglich ist. Die gestrige Erklärung von Baldwin im Unterhause, nach denen die englische Regierung nicht die Absicht habe, die französische Ruhrbesetzung zu billigen, weise den Kern der Schwierigkeiten auf, zumal da Frankreich auf dem Standpunkt steht, daß England die Einstellung des passiven Widerstandes von Deutschland verlangen könne, auch ohne damit eine Billigung des französischen Vorgehens an der Ruhr auszusprechen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Rinder des Lichts.
Es gibt Menschen der Erfüllung wie es Menschen der unruhigen Sehnsucht gibt. Alles Unruhe wird in solchen Naturen selbige Gegenwart. Sie sind nicht mehr Dipe, sondern Wärme, nicht mehr Kometen, sondern Planeten oder gar Sonne. Dem unerfüllten ist die Welt romantisch, aber die Erfüllung macht die Welt traulich und heilig. In ihnen ist etwas, was der Romantiker leicht unterschätzt: die große Geduld. Sie haben es nicht mehr nötig, Tempelstübe zu sein; sie sind bereits Tempelbauer und Tempelstübe.
Sie gehen durch die Welt auf Lichtestufen.
Wie Sonnenglanz erhellt die Ideen Klare,
wirds Licht in jedem Kreis,
drein sie getreten,
und keiner weiß,
warum ihm ist, als Wonn' er wieder beien ...
Th. Köhlin.

Dein Dachten braucht nicht große Kreise zu haben! Wenn du nur in deinem kleinen Kreise rein und edel und beglückend leuchtest! Dann hast du deines Lebens Aufgaben erfüllt!

Neuenbürg, 15. Juni. Auf letzten Sonntag, den 10. Juni, hatte die Ortsgruppe Neuenbürg des Bezirks Obst- und Gartenbauvereins durch Vermittlung des Bezirksvereins sich einen Sachverständigen der Markt- und Landwirtschaftskammer gesichert zur Beratung der Mitglieder in Obst- und Gartenbauangelegenheiten. Herr Oberbauinspektor Hiller unterwies schon am Sonntag vormittag die zahlreich erschienenen Interessenten in verschiedenen Gärten (Bezirkskassenhaus, Jakob Kneubauer, Karl Scheerer, Ernst Schuler, H. A. Stadtschulze Knobel) im Sommergarten an den verschiedenen Formobstbäumen, wie auf die Schädlinge der Obstbäume hin und gab Rats für die Bekämpfung derselben. Alle Teilnehmer waren von dem Gehörten hochinteressiert. Nach der Mittagspause war ein Vortrag über Gemüsebau in der Wirtschaft Red zur Sprache gekommen. Leider war dieser, wohl infolge des schönen Wetters und sonstiger Veranstaltungen, nicht so stark besucht, wie zu wünschen gewesen wäre. Der Vorstand der Ortsgruppe, Herr Karl Scheerer, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung des Vortragenden und der Erschienenen. Nachdem gab Herr Obstbauinspektor Hiller in einem Rundblick über das am Vormittag Gehörte noch verschiedene Ratschläge für rationelle Behandlung der Baumgärten und verbreitete sich dann eingehend über den Gemüsebau hinsichtlich Bodenbearbeitung, Aussaat und Auspflanzen, Pflege, Schädlingsbekämpfung, Düngung usw. Der Vortrag fand großen Anklang und gab Anlass noch zur Besprechung verschiedener mit dem Gemüsebau zusammenhängender Fragen. Bezüglich der so wichtigen Düngfrage äußerte sich der Sachverständige dahin, daß Torfmüll, Raufstrank mit Jauche oder Latrine, einen Dünger darstelle, der dem Stallmist beinahe gleichkomme. Bei dem Mangel von Stalldünger muß auch Kunstdünger verwendet werden, wofür der Sachverständige Anweisungen gab. Der Vorstand des Bezirksvereins, Stadtschulze Knobel, dankte dem Vortragenden und ersuchte ihn, auch der Landwirtschaftskammer den Dank für die Entsendung zu übermitteln. Ortsgruppenvorstand Scheerer sprach ebenfalls seinen Dank aus und schloß sodann die Versammlung. Zu erwähnen wäre noch, daß seitens des Bezirksvereins neuer wieder die Veranstaltung eines ständigen Gemüse- und Obstwertungskonkurses in Neuenbürg in Aussicht genommen ist; nähere Bekanntmachung hierüber wird folgen.

Neuenbürg, 15. Juni. (Ein kühler Juni.) Die Doffnung, daß der Juni die schönen Tage und die sommerliche Wärme bringen werde, die der Mai vorzuziehen, bestätigte sich bis jetzt nicht. Es ist kühler, als man vom Deimonat erwarten durfte. Nach Meinung des Berliner Wetterbüros liegt die Ursache für die kühle Juni-temperatur darin, daß Island, die Karer und Nordische Ostland seit Wochen von einem Hochdruckgebiet beherrscht werden, dem vorortsgeleitete Nordwestwinde zu verdanken haben. Hinzukommt noch, daß von Süden her Winde durch Mitteleuropa nordwärts wandern. Die Nordwestwinde pflegen manchmal recht kalt zu sein. Denn der kalte Luft liegt in den gewaltigen Eisbergen, die von Island und Grönland aus gerade jetzt nach Süden unterwegs sind und die diesmal besonders schwer zusammenschmelzen, weil ihnen der warme Wind aus Südeuropa fehlt. Die Eisberge kühlen auf ihrem Wege das Wasser des Ozeans mellenweit ab und das Wasser wiederum kühlt die Luft ab, die uns nun durch jene unerwünschten Nordwestwinde aus eher Hand vermittelt wird. Witterungsumschläge, wie wir sie gegenwärtig erleben, treten fast alle Jahre um dieselbe Zeit ein. Der Grad der Abkühlung hängt dann gewöhnlich von dem Umfang der wandernden Eisberge ab. In diesem Jahre scheinen diese Eismassen besonders groß zu sein, und wenn kein südeuropäisches Maximum kommt, das sie mit ihren heißen Winden erhitze, dann werden sie auf das Festland unter Umständen noch im Juli ihre verheerende Wirkung ausüben und die Vegetation beeinträchtigen.

Neuenbürg, 14. Juni. (Der neue Schwarzwaldfeldweg.) Mit dem Sommerverkehr wurde in dem Schneidwegpaar D 909, D 914 Frankfurt-Worheim-Freudenstadt-Erburg-Donauessingen-Heuburg eine ausgezeichnete neue Fernverbindung eingeführt. Das Zugpaar wird, abweichend von der üblichen Route über Karlsruhe, von Heuburg über Bruchsal-Rühlader-Worheim geführt. Die Abfahrt in Frankfurt erfolgt vormittag 7.38, in Mannheim (über Heidelberg) 8.43, in Heidelberg 9.22, in Worheim 11.14 vorm. Die Ankunft in Freu-

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ab, deren Raum 1. Beleg 200.-, außerhalb desselben 200.-, einschließlich Inserentensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Aufnahmestelle 150 Bk. Name-Zeile 1300.-.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mehrverfahrens unbefristet wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird feinstele Grafik übernommen.

... auf Einkünfte...
... sind, ebensoviele...
... belaufen. In...
... an einmal da...
... melden sollte...
... der Exzerte...
... sich der Kritik...
... die Unvollständigkeit...
... in den Romanen...
... ließ das Werk...
... zu wünschen...
... ferne, das...
... den Steuerplan...
... in France...
... Deutsches...
... folgende...
... an gehen...
... Baldwin...
... an, auf...
... die...
... reparations...
... ein...
... der die...
... dem...
... in...
... eine...
... der...
... gebildet...
... im...
... angehen...
... Berfaui...
... Caludat...
... I. Klasse...
... V. Klasse...
... 11 Uhr...
... 14. Juni 1923...
... 1. Klasse...
... 74-7600...
... 52-5600...
... 9000...
... 10000...
... Maschinen...
... Metalle...
... itdbaderft...
... Kauf...
... Uhr ab...
... Höfe...
... ort...
... r Milch...
... gewöhn...
... nen und...
... eh...
... Liebhaber...
... Reringen...

anzösischen Ge...
amt der Stadt
erlin aufgelegt
heutigen ersten
zur Zeichnung
gen überzichnet
nicht mehr an
ist für die 8 bis
eläufig beschim
en im Reichs
angehörig der
en. Wann die
nicht fest. Eine
Ferienübertrag
de angenommen
ausperrschgebild
ebühren veran
acht. Wie un
anzweilbe
4 bis 1 Mi
mar die Bm
erhöbungen
us des Miß
Verlängerung
Man einigte
November in
ordnete Reich
parlamentarisch
in Mitglied des
Der deutsche
sonntags ab
lassen. — De
mit der Miß
führung in an
abgelehnt. —
n Betraf Wä
ogentend des
aus eines Zu
6 Stunden in
sische Kerze
broch auf de
dem zwei ang
äten zum Opt
Die Entschl
streit in Sch
rund 9000
die Pflag des
den Ständes
lung des Enll
jedoch in de
Die Kom
folgt, die ma
ten auszun
bei den Sch
der Lage in
in den Kri
stem Verj
erklärte si
Wiederanf
e Demission
mutet, daß
der Neubild
de Paris" a
unis beauftr
angen hat
oggen bereit
lung mit
Gefährlich
depeche der
st, daß die
insult treffen
entgegen
des geführ
meiden, beh
lung — auf
"zufolge
bestätigung
in London
sische Geist
ei und es
freundschaft
ter des
Kabinetts
fen Gind
politische
Reparations

Sofia, 15. Juni. Der frühere Ministerpräsident Stamkall ist bei einem Fluchtversuch erschossen worden.

Geschverurteilungsprozess Fuchs-Machhaus.

München, 15. Juni. Im Prozeß Fuchs-Machhaus erklärte der Jüngere Oberamtmann Dr. Friedl, Leiter der Kriminalpolizei, Fuchs habe ihm gegenüber mit verblüffender Offenheit seine Pläne dargelegt. Er habe damit begonnen, daß er aus französischen Quellen erfahren habe, daß Bayern von den bereits verraten und verkauft sei. Die Bayern könnten die Wals nur damit erhalten, daß sie alsbald zu einer schändlichen Aktion schreiten. In einem sofortigen Bescheid sei alles bereit. Seine Leute könnten nicht mehr lange gehalten werden. Waffen seien genügend vorhanden. Der Reich schon Hattgehanden, wenn nicht im letzten Augenblick das Interventione von der Landespolizei weggenommen worden wären. Das Ruhrgebiet und Norddeutschland müsse man sich überlassen. Es gelte, eine Einheitsfront mit Frankreich zu überlassen. Die Hochscholovalei gegen den Bolschewismus zu errichten. Fuchs langte Fuchs Dr. Friedl, ob er nicht auf die Landespolizei verzichten könnte, daß sie sich unerwünschte Eingriffe in die Justizverwaltung unterlasse. — Fuchs erklärte, das Ziel seines Besuchs beim Oberamtmann Friedl sei gewesen, ihn um Rat zu fragen, auf welche Weise er Zahlung zur Reichswehr und zu seinen in Ostpreußen bekommen könnte, um die Leitung in die Hände der Reichswehr zu legen. Fuchs, Hauptmann a. D., soll vor Fuchs eines Gespräches, das Fuchs am 24. Februar im Restaurant Neumarkt vom Wehrkreiskommando hatte. Fuchs soll dabei u. a., man dürfe sich durch das Wort „Reichswehr“ nicht abschrecken lassen, denn aus dem Rheinbundakt sei das große Deutsche Reich entstanden. Neumarkt erwiderte, daß er schon vor dem Reich nicht, daß die Sache mit ihm nicht in Ordnung war. Er habe nicht nur zur Unterstützung beitragen wollen, sondern ihm sei es hauptsächlich darauf zu tun gewesen, nicht noch einmal herüberzubekommen. Er habe deshalb die Polizeibehörde gebeten, erst einzugreifen, wenn das geschehen sei. Fuchs wiederholte die Gründe, die ihm zum Wehrkreiskommando geführt hätten. Er habe dem General eine Besichtigung abgeben wollen, weil er aus der Sache heraus gewillt habe.

Ein recht bescheidener Antrag.

Darmstadt, 15. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde folgender Antrag der vereinigten Sozialdemokraten angenommen: Der Landtag wolle beschließen: 1. die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorzutreten, daß dem Volkstaat Hessen zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge sofort 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden; 2. daß bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge die tarifrätigen Löhne des Schlüsselerwerbes gelten; 3. daß die Untersuchungskommission im ganzen Lande mindestens zwei Drittel der jeweiligen Tariflöhne in der Schlüsselerwerbsbranche betragen. In dem Antrag wurde beschlossen, eine Abordnung aus Abgeordneten noch heute nach Berlin zu entsenden, um mit der Reichsregierung über die Durchführung dieses Antrags zu verhandeln. Vom Reichsjustizminister ist telephonische Zusage bereits erfolgt.

Bereidigung der Dortmund-Lösungsfrage.

Dortmund, 15. Juni. Heute nachmittag fand die Beerdigung der sechs Personen, die am Sonntagabend französischen Besatzungen zum Opfer gefallen sind, unter ansehnlicher Beteiligung aller Bevölkerungsteile statt. Etwa 10 Musikkapellen spielten Transmarchen, während die Gloden sämtlicher Kirchen tönten. Alle Behörden, alle Vereine und alle Vereine waren vertreten. Sämtliche Geschäftslokale und Wirtschaften der Stadt hatten geschlossen. Die evangelische und katholische Geistlichkeit hielt hinter den sechs Wagen einher, die je einen Sarg trugen. Hinter den Geistlichen gingen die Angehörigen. Der Kirchenchor des Juges dauerte über dreiviertel Stunden. Insgesamt umfanden wohl 150 000 Menschen die Straßen, die der Beerdigung assistierte. Der Reichsanwalt ließ an den Gräbern die sechs Opfer Kränze niederlegen.

Der Eisenbahnverkehr im Ruhrgebiet völlig lahmgelegt.

Gelsenkirchen, 15. Juni. Die Franzosen haben gestern in vier Abteilungen, in der Nacht zu heute und heute vormittag in Ruhrtal, Dortmund-Hauptbahnhof, Dortmund-Süd, Langendreer und einem der wichtigsten Knotenpunkte Bochum Nord, mit Bochum-Süd, Wattenfeld, Westfeld und Kranz-Süd usw. Damit ist die letzte in Langendreer sich abelnde Strecke in mittleren Querbindung des Ruhrgebietes Dortmund-Gelsenkirchen-Wattenscheid und Dortmund-Kranz-Süd stillgelegt. Durch Besetzung der Dortmund Bahnhöfe ist außerdem die Hauptstrecke zwischen dem Ruhrgebiet und dem nördlichen Deutschland — Richtung Berlin, Baderborn, Münster und Münster — verblockt. Es liegt also nimmermehr der deutsche Eisenbahnverkehr im Ruhrgebiet still. Bedeutsam ist die sogenannte Dolanstrecke von Gelsenkirchen-Bismarck über Hord nach Dörfling, von wo man Anschluss nach Wesel und Datteln hat, ist frei und wird wohl kaum geversert werden, da hier die auf Grund des deutsch-holländischen Wirtschaftsvertrages an Holland zu liefernde Kohle hinausgeht. Schließung der Strecke zur Rot noch ein Verkehrsverkehr zwischen Stoddenberg bei Essen und Gelsenkirchen-Bismarck. Aber das ist im Vergleich zu dem hundertfachen unterbrochenen Gesamtverkehr im Ruhrgebiet, das nun überall abgeschnitten ist, so gut wie nichts. Der gesamte Verkehr ist auf das sich durch das ganze Ruhrgebiet hindurchziehende und an mehreren Stellen die Verbindung mit dem nördlichen Deutschland herstellenden System der Reichsbahn beschränkt.

Durch die neuen Besetzungen von Bahnhöfen durch die Franzosen ist die Stadt Dortmund mit ihren mehr als 500 000 Einwohnern, ebenso wie viele andere größere und kleinere Städte und Dörfer, nimmermehr vollständig von der Welt abgeschnitten. Der Telefonverkehr ist seit fast 14 Tagen durch die Franzosen abgeschnitten, und nach den Erklärungen des Ortskommandanten von Dortmund besteht keine Aussicht, daß er wieder aufgenommen wird. Rufe werden nicht mehr ausgeföhrt. Es wird nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die Franzosen, ähnlich wie in Düsseldorf und anderwärts, den Straßenbahnverkehr, der die einzelnen Städte miteinander verbindet und nur noch notwendig ist unter den größten Schwierigkeiten heute noch aufrecht erhalten wird, ebenfalls gänzlich stilllegen. Man wird durch diese Schikanen den passiven Widerstand brechen, das Widerstandsleben vollständig zerstören. Kein Mensch denkt aber daran, trotz aller Unzulassen, diese letzte Waffe aufzugeben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstages steht die zweite Beratung der Novellen zum Reichswehrverordnungsgezet, dem Altrrentners-, Personal- und Offiziersbesoldungsgezet. Die Kommission hat über die Beratungsgegenstände hinaus die Bezüge der Versorgungsberechtigten wesentlich erhöht, die Kommunisten beantragten, daß die Besoldungsgezet der Kriegsobster sofort um das Fache der Kriegszulagen erhöht werden sollen. Reichsarbeitminister Dr. Brauns erklärte sich mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Die wesentliche Neuerung der Vorlagen besteht in der Anpassung der Feuerzuzulagen an die Feuerzuzulagen der noch im Krieg befindlichen Beamten. Das Privatvermögen solle künftig mehr zu Rentenrücklagen führen. Diese können nur erhalten, wenn das Einkommen des Sozialrentners aus öffent-

lichen Mitteln eine bestimmte Grenze überschreite. Abgeordneter Karsten (Soz.) bestricherte einige Änderungen der Auslieferungsvorlage zugunsten der Kriegsbeschädigten und erklärt die Bestimmung der französischen Abschnidung der Kriegsbeschädigten für unannehmbar. Abgeordneter Doorman-Lubowitsch (Ztr.) stimmt der Abschnidung in allen den Fällen zu, wo die Rente so gering ist, daß die Verwaltungskosten in keinem Verhältnis zu ihr stehen. Die folgenden Redner, Abgeordneter Lubowitsch (Ztr.), Streiter (D.V.), Stieglitz (Dem.) und Weigler (Bayer. Sp.), stimmen den Auslieferungsvorschlägen zu und bedauern nur, daß die finanzielle Notlage des Reiches größere Aufbesserungen nicht zulasse. Nach Begründung verschiedener kommunistischer Änderungsanträge durch den Abgeordneten Verhölde erklärt Abgeordneter Heuning (Deutschb.), daß man die Renten auf die Goldmarkbasis stellen müsse, um sie wertbeständig zu machen. Schließlich werden die Vorlagen unter Ablehnung aller kommunistischen Änderungsanträge in der Auslieferungsvorlage angenommen und die Abschnidung durch Annahme eines Antrages der bürgerlichen Parteien von 180 000 auf 200 000 Mark erhöht. In der sofort vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Sitzung bestätigt und die Vorlagen damit endgültig verabschiedet. Abhandlung wird der Entwurf zur Änderung des Wehrmachtverordnungsgezetes in zweiter und sofort auch in dritter Beratung angenommen, der bestimmt, daß als Zulagen zu den Nebenzulagen gebühren der doppelte Monatsbetrag des zuletzt zufließenden Ruhegehaltsmäßigen Einkommens gewährt wird. In der gleichen Weise wird die einmalige Übergangshilfe geregelt. — Die nächste Sitzung findet Samstag nachmittag 1 Uhr statt.

Eine deutsche Note an die nicht an der Ruhraktion beteiligten Mächte.

Berlin, 16. Juni. Die deutschen Votivnotizen in London, Madrid, Rom, Washington und Moskau und die deutschen Gesandten in Haag, Bern, Kopenhagen, Christiania, Stockholm, Riga und Warschau wurden beauftragt, den dortigen Regierungen folgende Note mit Anlage zu übermitteln:

Die deutsche Regierung sieht sich neuerlich gezwungen, die Aufmerksamkeit der nicht an der Ruhraktion beteiligten fremden Regierungen auf die unheilvollen Gewalttate zu lenken, mit denen die französisch-beligenden Besatzungsgruppen gegen die Bevölkerung des alt- und des neuereichen Gebiets vorgehen. Die Schritte, die die deutsche Regierung im Geiste aufrichtiger Verhandlungsbereitschaft mit ihrem Angebot vom 2. Mai und dem Memorandum vom 7. Juni getan hat, um die gegenwärtige Situation zu beenden, haben die französische Regierung nicht gebindert, ihrerseits den Terror gegen die Bevölkerung in den schärfsten Formen fortzusetzen. In dieser Hinsicht braucht nur auf folgende Tatsachen hingewiesen zu werden: Am 30. Mai wurde der Kaufmann Schlägerer wegen angeblicher Sabotageakte auf Grund eines Urteils des Kriegsgerichts erschossen, obwohl bei der französischen Regierung dringende Vorstellungen erhoben worden waren, die Lage nicht durch Vollstreckung des Urteils weiter zu verschärfen. Am 10. Juni abends wurden in Dortmund anlässlich der unaufrichtigen Tötung zweier französischer Militärpersonen 6 Deutsche von einer französischen Patrouille auf der Straße angegriffen, schwer mißhandelt und ohne jeden Anlaß niedergeschossen. Wie sich aus den anliegenden zugehenden Ansagen ergibt, stand von vorneherein außer Zweifel, daß diese Deutschen mit der Erschießung der Franzosen nicht das Geringste zu tun hatten. Am 11. Juni wurde in Krefeld ein Soldat des 19. Jägerbataillon von französischen Soldaten erschossen. Am 12. Juni verurteilte ein französisches Kriegsgericht in Mainz den landwirtschaftlichen Lehrer Gürges wegen angeblicher Sabotage zum Tode. Alles dies geschieht zu der gleichen Zeit, da die französische Regierung fordert, daß die Bevölkerung des alt- und des neuereichen Gebiets den passiven Widerstand aufgibt und von der Erfüllung dieser Forderung den Beginn von Verhandlungen abhängig macht, die allein zur Lösung des gegenwärtigen Konflikts führen können. Der Widerspruch in diesem Verhalten liegt offen zu Tage. Das französische Vorgehen macht alle Bemühungen der deutschen Regierung, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, illusorisch. Es fällt nicht nur in der Bevölkerung das Gefühl der Notwendigkeit, gegenüber dem fremden Militarismus den passiven Widerstand aufrecht zu erhalten, sondern beschränkt darüber hinaus immer ernster die Gefahr heraus, daß sich die in ihrem inneren Embinden getroffene Bevölkerung zu verzweifelter Unzufriedenheiten hinneigen läßt, die in ihren Auswirkungen weit über das besetzte Gebiet hinausgehen. Die deutsche Regierung hat bei den unaufgeklärten Zivilisten wiederholt vorgeschlagen, den Sachverhalt durch internationale Kommissionen untersuchen zu lassen. Die französische Regierung ließ alle derartigen Anträge bisher unbeantwortet. Die deutsche Regierung legt hiergegen und gegen die fortgesetzte französische Gewalttätigkeit Verwahrung ein und stellt öffentlich fest, daß die Verantwortung für deren Folgen allein auf die französische Regierung fällt. — In der Anlage werden die in der Note gekennzeichneten Vorfälle näher dargelegt.

Einführung des Straßenbahnverkehrs durch Erdoannaz der Rheinlandkommission.

Paris, 15. Juni. Die Rheinlandkommission hat, wie die Datas-Agenur meldet, gestern wieder eine neue Serie von Erdoannaz erlassen. In keinem der Berichte wird aber angegeben, ob die Entscheidungen mit Stimmeneinheit oder mit Stimmengleichheit getroffen wurden. Unter anderem soll der verstärkte Straßenbahnverkehr von nun an nicht mehr gebildet werden. Es wurde vielmehr beschlossen, daß die Straßenbahngesellschaften ihren Betrieb auf die normale Ausdehnung im Jahre 1922 zurückzuführen haben. Des ferneren soll von nun an den Kommunen die Wiedergutmachung eines jeden Sachschadens auferlegt werden, der durch Sabotage oder aus einem anderen Grund, so bei Erfüllung der deutschen Versorgungsbedingungen entstanden ist. Weitere Erdoannaz sollen den Verkehrsverkehr der Beamten erleichtern. Es soll Reisebewilligung nur insoweit gegeben werden, als es sich um unumgängliche Besprechungen im Interesse der Bevölkerung handelt. Die Bezirksbelegierten allein sollen diese Bewilligungen erteilen. Für ganz besondere Fälle behält sich jedoch die Kommission selbst die Entscheidung vor.

Poincare über sein „Wert der Gerechtigkeit“.

Paris, 15. Juni. In der Kammer erklärte Poincare auf verschiedene Interpellationen über die innere und äußere französische Politik, seine Regierung werde diejenigen bekämpfen, die die Sozialrevolution wollten, aber auch diejenigen, die eine Monarchie wieder aufrichten wollten. Frankreich wünscht eine Entwicklung in Ruhe und Freiheit. Auf die äußere Politik übergehend, sprach der Ministerpräsident wieder von dem schlechten Willen Deutschlands. Die Kontrollkommissionen müßten wieder funktionieren. Das sei namentlich hinsichtlich der Luftschifffahrt notwendig. Deutschland müsse überwacht werden. Poincare behauptete weiter, die deutsche Regierung ermüdete die Sabotageakte im besetzten Gebiet. Die deutschen Vorschläge bezeichnete er als herausfordernd. Die Franzosen seien daher gezwungen, den Druck zu verstärken und zu verlängern. Frankreich habe sein Wert der Gerechtigkeit (?) noch nicht vollendet. Gestern habe sein moralisches und materielles Leben auf dem Spiel gestanden, heute sei sein wirtschaftliches und

finanzielles Leben bedroht und morgen werde vielleicht seine ganze Existenz bedroht sein. — Die Sitzung dauerte um 11 Uhr abends noch an. Im übrigen ist aber zu erwarten, daß bei der Abstimmung Poincare eine erhebliche Majorität auf sich vereinigen kann.

Englischer Führer in Berlin.

London, 15. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hält es nicht für undenkbar, daß nach Einigung der Antwort auf das englische Memorandum die britische Diplomatie versuchen werde, auf informellem Wege von der deutschen Regierung gewisse ergänzende Einzelheiten zum letzten deutschen Memorandum zu erhalten. Der Berichterstatter ist der Ansicht, es müsse ohne allzu große Schwierigkeiten festgestellt werden können, wie weit die deutsche Regierung den Franzosen in ihrer Forderung nach Einstellung oder Suspendierung des passiven Widerstandes entgegenkommen würde, vorausgesetzt, daß sie eine derartige Forderung auf die offizielle deutsche Aktion in diesem Punkte beschränkte, und welche Zugeständnisse die deutsche Regierung im Austausch dagegen verlangen würde.

Die amerikanischen Kriegsschäden-Erfragensprüche an Deutschland.

Bei dem gemischten deutsch-amerikanischen Schiedsgericht über die Regelung der Kriegsschäden sind von der amerikanischen Regierung nach vorheriger Uebersprüfung endgültig 12 416 Schadenersuchensprüche in einer Gesamthöhe von 1 479 061 313,59 Dollar angemeldet worden. In der Spitze steht der Schadenersuchenspruch der Vereinigten Staaten selbst in Höhe von 306 113 000 Dollar, davon 255 544 000 Dollar für die Besatzungsgruppen der Armeen im Rheinland, welcher Anspruch aber vorbehaltlich einer Regelung mit den Alliierten erfolgt ist; andere Ansprüche der amerikanischen Regierung beziehen sich auf „allgemeine Schäden auf Grund des U-Boot-Krieges“ in Höhe von 67 966 696 Dollar. Dann folgen Einzelschadenssprüche auf Grund der Luftstilla-Verletzung in Höhe von 5 Millionen Dollar abwärts, aber die voraussichtlich in erster Linie entscheidend werden dürfte. Manche Ansprüche sind höchst phantastischer Natur, wie die etwa eines Roger H. Mc. Kallen in Höhe von 100 Millionen Dollar für angebliche Patentverletzungen und eines William J. Duillon in Höhe von 96 Millionen Dollar für Schäden auf Grund der deutschen U-Boot-Kriegsführung, eines Carl Schiller „auf Grund von Kriegsschadens“. Sehr kritisch ist auch die Frage der Erstattung der während der Kriegszeit gezahlten Kriegskrisstobranien durch Deutschland. Entschädigung für in Deutschland während der Kriegszeit beschlagnahmtes Eigentum verlangen u. a. Thomas A. Edison in Höhe von 10 422 Dollar, die Ford Motor Co. in Höhe von 376 000 Dollar, George Sylvester Viereck in Höhe von 13 000 Dollar, die „Vereinigung der amerikanischen Besitzer ausländischer Wertpapiere“ hat einen Anspruch in Höhe von 21 Mill. Dollar angemeldet auf Grund der Entwertung der deutschen Wertpapiere, an welcher der deutschen Regierung ein aktives Verschulden beigemessen wird. Der niedrigste Anspruch beträgt 1 Dollar, den ein in Deutschland kriegsgefangener gewesener amerikanischer Soldat für einen Verlust an Habsgeldern eingereicht hat.

Bermischtes.

Des Käufers Lösung. Als in einer Gesellschaft die Frage gestellt wurde, wie es doch komme, daß in unseren Tagen so viele Mannöverpersonen unverheiratet bleiben, antwortete einer: „Das ist zu erklären; betrachtet Sie doch unsere jungen Damen! Sie sind wie die Älten auf dem Felde; sie nähern nicht, sie blühen nicht, und sind doch herrlicher gekleidet als Salomon in aller seiner Pracht.“

Geistes. In der Mädchenschule ist das Auffassenschema: 300 Worte über ein Auto zu schreiben. Die kleine Gertrud schrieb folgendes: „Mein Onkel hat sich ein Auto gekauft. An einem schönen Tage fuhr er damit aus Land, und als er über einen Berg wollte, ging es entzwei. Die übrigen 174 Worte sagte mein Onkel, als er zu Fuß nach Haus gehen mußte; aber ich glaube, die brauche ich nicht zu wiederholen.“

Erhöhung der Geldstrafen.

Nach Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 30. Mai 1923 (M.-A.-Bl. S. 136) ist die Strafbefugnis der Ortsvorsteher entsprechend der reichsgerichtlichen Regelung ohne Einschränkung endgültig auf das Eintausendfache der bisher in ihre Zuständigkeit fallenden Beträge, und zwar für kriminelle, Ungehorsams-, Ungebühr- und Disziplinartstrafen festgelegt.

Im übrigen wird auf die oberamtliche Bekanntmachung vom 12. Mai d. J. (Enztäler Nr. 109) erneut zur Beachtung hingewiesen.

Neuenbürg, den 14. Juni 1923. Oberamt: Wagner.

Die Postbezieher

des „Enztäler“ werden gebeten, die Bestellung für den Monat Juli 1923 an der Hand des untenstehenden Bezugscheines rechtzeitig zu erneuern.

<p>Ant die</p> <p style="text-align: center; font-size: 1.2em;">Postanstalt</p>	<p style="text-align: center;">Ich bestelle hiermit den „Enztäler“ für den Monat Juli und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.</p> <p style="text-align: center;">Name _____</p> <p style="text-align: center;">Wohnort _____</p> <p style="text-align: center;">Straße und Hausnummer _____</p>
--	---



**Forkant Laugenbrand.
Rug-Holz-
Verkauf**

am Donnerstag, den 21. Juni 1923, vorm. 9 Uhr in Salzbach, Gasthaus zum „Höwen“ aus Staatswald (ganzer Forstbezirk), Eichen-Stammholz 7 Fm., Buchen-Stammholz 60 Fm., Nadel-Stammholz 2 Fm., Nadel-Baustrangen 10 Stück, Laubholz-Stangen 72 St., Schicht-derbholz-Nußholz 12 Nm. Sämtliches Holz ist bis auf 50 Fm. Buchen-Stammholz (Buchhalde) nur für Kleinhandwerker und Selbstverbraucher des Forstbezirks vorgef. n.

**Forkant Enztlöcherle.
Fichtengerbrinde-
Verkauf.**

Für die im Staatswald Kälberwald Abt. Heuweg u. ob. Stangenbau angefallenen 21 Nm. Fichtengerbrinde werden Angebote pro Nm. spätestens **Donnerstag, den 21. ds. Mtz.** vorm. 9 Uhr, erbeten.

Briefmarken-Sammlungen, sowie einzelne Marken jeder Art, besonders alte wertig., kauft dauernd. **Müller, Neuenbürg.** Windhof 406.

**Ziehharmonikas,
Gitarren,
Mandolinen,**

jedes Stück um 20000 Mark billiger, wegen allzu großem Vorrat und Platzmangel. Dasselbst alle Reparaturen schnell und billig. Neue Ziehharmonika-Sätze innerhalb zwei Tagen bei **Gebr. Hohnloser aus Hogen (Tirol).** Geschäft in Pforzheim, Bergstraße 27.

Anzeigen

jeder Art, wie Hofgut, Fabrik, Mühle, Wohn- oder Geschäftshaus, Sägewerk, Wirtschaft oder Villa werden von zahlungsfähigen Interessenten sofort zu kaufen oder gegen andere Anwesen zu tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 17 an die Enztlöcherle-Geschäftsstelle erbeten.

**Zuverlässiges, fleißiges
Mädchen,**

evtl. auch Frau, zur Führung des Haushalts in ein kleines Geschäftshaus gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Enztlöcherle bezw. Angebote an dieselbe.

**Sommerfrische
gesucht**

pr. Juli, von Ehepaar mit 13jähriger Tochter bei voller, guter Verpflegung. Preisofferten an die Enztlöcherle-Geschäftsstelle.

Sofort anzunehmen gesucht circa

20 Millionen Mk.

zu Bauzwecken. Gute Sicherheit vorhanden. Offerten unter Nr. 3213 an die „Enztlöcherle“-Geschäftsstelle.

Maul- und Klauenfeuche.

Infolge Ausbruchs der Maul- und Klauenfeuche in Pforzheim-Brügglingen fallen zunächst die Gemeinden Arnbach, Birkenfeld, Conweiler, Engelsbrand, Feldbrennach, Gräfenhausen, Grunbach, Neuenbürg, Obernhäusen, Ottenhausen, Pfinzweiler, Salzbach, Schwann, Unter- und Oberniebelsbach, Waldrennach in den 15 Km.-Umkreis.

In diesen Gemeinden ist die Abhaltung von Klauenvieh-Märkten sowie der Handel mit Klauenvieh verboten. **Neuenbürg, den 16. Juni 1923. Oberamt: Wagner.**

**Gräfenhausen.
Stammholz-
Verkauf.**

Aus dem Gemeindevald werden verkauft:
129 Stück Tannen mit 107 Fm., Abt. 16 ob. Bachrain,
33 St. Fichten und Tannen mit 31 Fm., Durchforstungen,
18 Stück Eichen mit 11 Fm. und 18 Stück Fichten mit 18 Fm., unterer Wald.

Die Hälfte des Kaufpreises ist innerhalb 4 Tagen nach dem Zuschlag bar zu bezahlen. Schriftliche Angebote in Prozenten der Tagespreise vom **Donnerstag, den 21. ds. Mtz.,** abends 5 Uhr, beim Schultheissenamt eingereicht werden. Losverzeichnis erteilt Waldmeister Kappler.

Außerdem werden von der Gemeinde verkauft:
Zwei eis. Säulen mit etwa 15 Btr., 1 noch brauchbarer Ofen, welcher im Schulsaal stand, sowie ca. 5 Zentner versch. altes Eisen, ca. 30 kg altes Zinkblech. Schriftl. Angebote wollen bis **Dienstag, den 19. ds. Mtz.,** nachmittags 5 Uhr, beim Schultheissenamt eingereicht werden. **Den 11. Juni 1923. Schultheissenamt.**

**Gemeinde Schwann.
Stammholz- und
Stangen-Verkauf.**

Aus dem Gemeindevald kommen am **Mittwoch, den 20. Juni 1923, vormittags 9 Uhr,** im öffentlichen Aufstreich im Rathaus zum Verkauf: 220 Fm. Tann- und Ficht. Stamm- und Sägholz, 1,55 Fm. eich. Stammholz V. und VI. Klasse, 238 Bau-, 78 Papp-, 37 Hopfen- und 4 eichene Derbstrangen.

**Stammholz- und Stangen-
Verkauf.**

Die **Gemeinde Loffenau** bringt aus ihren Wäldungen District 1-IV zum Verkauf:
Nadelstammholz: 11,60 Fm. I. Kl., 47,85 Fm. II. Kl., 163,21 Fm. III. Kl., 210,26 Fm. IV. Kl., 401,80 Fm. V. Kl., 25,73 Fm. VI. Kl.
Sägholz: 9,00 Fm. I. Klasse, 64,19 Fm. II. Klasse, 19,72 Fm. III. Klasse.
Baustrangen: 8 St. I. Klasse, 108 St. II. Klasse, 448 St. III. Klasse, 441 St. III. Klasse.
Pappstrangen: 3 St. I. Klasse, 122 St. II. Klasse, 441 St. III. Klasse.
Hopfenstrangen: 104 St. I. Klasse, 509 St. II. Klasse, 508 St. III. Klasse.
Reisstrangen: 54 St. IV. Klasse, 313 St. V. Klasse.
Rebstrangen: 450 St. I. Klasse, 120 St. II. Klasse.

Dem Verkauf liegen die Bedingungen des württembergischen Waldbesitzerverbandes zu Grunde. Schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose in Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. November 1922 ausgedrückt, sind mit entsprechender Aufschrift versehen, verschlossen **bis spätestens 26. Juni 1923, vormittags 10 Uhr,** beim Schultheissenamt einzureichen. Die Öffnung der Angebote, welcher die Bietenden anwohnen können, erfolgt zu dieser Zeit. Nähere Auskunft und Losverzeichnisse erteilt Waldmeister Seeger hier. **Loffenau, den 9. Juni 1923. Oberamt Neuenbürg.**

Gemeinderat.

Besitz-Obst- und Gartenbauverein Neuenbürg.

Im Laufe des Sommers, voraussichtlich anfangs August, wird in Neuenbürg ein 4 täg. Wanderlehrlauf über häusliche **Obst- und Gemüseverwertung** durch einen Sachverständigen der Württ. Landwirtschaftskammer stattfinden. Anmeldungen hiezu von Frauen und Töchtern unserer Mitglieder bitte ich, durch die Ausschussmitglieder und Vertrauensmänner gesammelt, bis spätestens **30. Juni** an mich einzulenden. Das Kursgeld wird für jede Teilnehmerin etwa 3000 M. betragen. **Vorstand Knobel.**

MEINE VERLOBUNG

FRAÜLEIN ELEONORE ROCKSTROH
MACHE ICH HIEMIT BEKANNT.
MÜNCHEN-NEUENBÜRG, 15. JUNI 1923.

WILHELM WACKENHUT, PRIVATIER.

Schömburg, den 15. Juni 1923.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise freundlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und Beistand unserer lieben Mutter
Luise Kömpler, geb. Barth,
danken wir auf diesem Wege herzlich.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Stuttgarter Neues Tagblatt

Achtung!
Radsfahrerverein „Frisch auf“
Ottenhausen
Sonntag, den 17. Juni 1923,
Ausfahrt nach Maulbronn.
Abfahrt morgens 8 Uhr vom Lokal z. „Mühle“.
Radler, Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Neuenbürg.
Gebrauchte Maschinen
aller Art,
sowie
Alteisen und Metalle
kauft und zahlt hohe Preise
Karl Schmid, Wildbaderstr.

Verkaufsstelle in Herrenalb:

alle mit einem Wort **Bleyle's**
Knaben-Anzüge
sind nach wie vor die **unübertroffen!**



Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
15. Juni 1923.

Devisen: Amtl. Mittelfurse:	Industrie-Aktien:
Amerika 104750.-	Hapo-Aktien 351000.-
Holland 42160.-	Rothb. Lloyd-Aktien 130000.-
Schwed. 19300.-	Deutsche Bank-Aktien 115000.-
England 496000.-	Disconto-Com.-Aktien 115000.-
Frankreich 6825.-	Rhein. Creditbank-Akt. 25000.-
Reichsbank- u. Staatspapiere:	Württemberg. Vereinsbank-Akt. 25000.-
Reichsbank 2000.-	Sächsische Bank-Akt. 180000.-
3 1/2% 2000.-	Hörscher Hartwerts-Akt. 140000.-
5% 15000.-	Bochumer Guß-Akt. 100000.-
Disq. Sparprämienanleihe 647.-	Dr. Lugem. Bergw.-Akt. 92000.-
4% Württ. Staatsanleihe 115.-	Harpen. Bergbau-Akt. 135000.-
3 1/2% „ „ 1875 120.-	Benz-Motoren-Akt. 165000.-
3 1/2% „ „ versch. 85-180 370.-	Daimler-Motoren-Akt. 370000.-
3 1/2% „ „ 370.-	Badenia-Waldschneid.-Akt. 100000.-
Stadtsanleihen u. Pfandbriefe:	Heidelberg-Cement-Akt. 90000.-
4% Stuttg. Stadtsanl. 120.-	Köln-Rottweil. 140000.-
3 1/2% „ „ 1877-80 71.-	Gebäude-Jungbusch-Akt. 85000.-
3 1/2% „ „ 1904 71.-	Salzwerle-Gelbbrunn-Akt. 80000.-
4% W. Hyp.-Sdbf. 140.-	
3 1/2% „ „ 120.-	

Tendenz: uneinheitlich.

**Deutscher
Metallarbeiterverband**
Wegen eingetretener Hindernisse findet die auf 17. Juni anberaumte Versammlung (zwecks Filialkartell) erst **Sonntag, den 1. Juli** statt.
D. D. S.

Neuenbürg.
**Braunfohlen-
Britetts**
eingetroffen.
Franz Andrä.
Neuenbürg.
Eine Partie tüchtige
Mauren
und 4 bis 5 tüchtige
Steinhauer
finden dauernde Beschäftigung. Ebenso nehme ich einen ordentlichen
Jungen,
der das Maurerhandwerk erlernen will, in die Lehre.
Franz Geiger,
Baumeister, Dausgöschel.



KARL SÄTLER
MUSIK-
INSTRUMENTENMACHER
PFORZHEIM WEIHL 36
Telephon 2333

Bestellungen
auf das
Badeblatt für Herrenalb
nimmt entgegen Ratermeister **Vander, Herrenalb.** Geschiedene Nummern werden nachgeliefert.

Gottesdienste
in Neuenbürg
Sonntag, den 17. Juni.
3. Sonntag nach dem Pentecostfest.
1/2 10 Uhr Pred. (Wetzl. 15, 1-11) (Lied 323)
1/2 2 Uhr Pred. (Wetzl. 15, 1-11) (Lied 323)
1/2 4 Uhr Bibelstunde in Waldrennach
1/2 8 Uhr Pred. (Wetzl. 15, 1-11) (Lied 323)
1/2 10 Uhr Pred. (Wetzl. 15, 1-11) (Lied 323)

Katholisch. Gottesdienste
in Neuenbürg
Sonntag, den 17. Juni.
7 Uhr Heiligabend.
9 Uhr Predigt und Kant.
1/2 10 Uhr Firmungsunterricht und Abendm.
Methodisten - Gemeinde
Prediger E. Bang.
Sonntag vorm. 10 Uhr. Predigt.
1/2 12 Uhr Sonntag.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde.

Bas (dm...
in die R...
Bas plägi...
Ja, für den...
Bas (schreib...
Gmderich id...
Bas seine B...
Diese er...
12 Jahre...
mit gewi...
hiesigen B...
samt erbar...
nach dem W...
des "diktat...
keiten jell...
nen deut...
einer Welt...
Unter de...
und bei un...
in die Krie...
- so muß...
rigen Gled...
leiner sch...
merwüch...
herliche B...
Contogner...
Nurlebend...
zu Verfall...
von Spa...
wühlt sich...
und vor alle...
der furcht...
hollen die...
fetten zus...
hätte jedoc...
sch, wie der...
unerschütter...
aus nicht...
ber gezeigt...
erhebende...
eine Hoffn...
zu leben...
das heute...
ganzen R...
Freiheit...
Einwand...
mer rüch...
was, als...
aus aus...
kante. Ber...
ist mach...
unterer...
endlichen...
war das...
weist es...
wichtig...
Troh all...
wer un...
und das...
milde...
wägte...
der vier...
nach so...
in un...
unserer...

